



Antworten von Bündnis 90/Die Grünen

Sylvia Löhrmann MdL, Fraktionsvorsitzende und bildungspolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW

1. Prioritäten:

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei nach der Wahl als erste ergreifen, um die schulische Bildung in NRW zu verbessern?

Die Qualität der Bildung kann nicht nur durch Einzelmaßnahmen nachhaltig verbessert werden. Deshalb setzen wir Grüne auf einen in sich abgestimmten und ineinander greifenden Maßnahmenkatalog, dessen wesentliche Elemente in der Umorientierung der Steuerung des Schulwesens von der Input-Steuerung hin zur Steuerung über die Ergebniskontrolle, dem Ausbau der Selbstständigkeit von Schule und einer Veränderung der Schulstruktur weg vom gegliederten System und hin zu einer Schule der Vielfalt, die systematisch individuelle Förderung erst möglich macht.

2. Schulstruktur:

Welche Veränderungen an dem bestehenden Schulsystem hält Ihre Partei für unverzichtbar?

Wir setzen auf die individuelle Förderung eines jeden Kindes und Jugendlichen. Individuelle Förderung kann jedoch nur gelingen, wenn sich die Schule, wenn sich die Lehrerinnen und Lehrer für den Bildungserfolg der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler verantwortlich fühlen. Individuelle Förderung kann nur gelingen, wenn die Kinder und Jugendlichen in ihren Bildungsprozessen nicht demotiviert und beschämt werden. Unser gegliedertes Schulsystem funktioniert nach dem Prinzip Auslese. Nach dem Motto „die Schulformen sind richtig, nur die Kinder sind falsch“ arbeitet das gegliederte Schulsystem mit Klassen-

wiederholungen und Abschlungen. Jede institutionelle Barriere in einem Bildungssystem behindert aber – so die PISA-Experten – Lernen und Leistung. Deshalb wollen wir, dass die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse nicht auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden und dann im Gleichschritt durch das



Sylvia Löhrmann,
Bündnis 90/ Die Grünen

Die gebürtige Essenerin ist Oberstudienrätin und lebt seit 1984 in Solingen. Dort war sie neun Jahre lang Ratsmitglied und Fraktionssprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen. Seit 1995 ist sie Mitglied des Landtages. 2000 wurde Frau Löhrmann einstimmig zur Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen gewählt. Außerdem ist Frau Löhrmann bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Mitglied in dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Programm der unterschiedlichen Schulformen marschieren. Wir wollen perspektivisch erreichen, dass alle Kinder und Jugendlichen länger – bis zum Ende der Pflichtschulzeit – gemeinsam lernen. Der Unterricht selbst muss durch Binnendifferenzierung die individuelle Förderung gewährleisten – eine Reform der Schulstruktur muss mit einer Weiterentwicklung des Unterrichts einhergehen. An die Schule für alle Kinder schließt sich dann eine flexible, viele Bildungsabschlüsse ermöglichende Oberstufe an. Damit orientieren wir uns an den erfolgreichen skandinavischen Ländern, deren Bildungssysteme es souverän leisten, sehr gute Leistungen und Chancengleichheit zu vereinen. Die Schulstruktur ist für uns aber kein Wert an sich, sondern Mittel zum Zweck. Im gegliederten Schulsystem können aber die zentralen Anforderungen an unsere Bildungssystem nicht geleistet werden. Für uns Grüne ist aus diesem Grund klar, dass neue Schulstrukturen – neben vielfältigen anderen Maßnahmen – wesentlich sind.

Wird Ihre Partei nach der Wahl eine gemeinsame Schule für alle Schüler bis zum Ende der Klasse 10 oder bis zu einer anderen Klassenstufe einführen?

Ja, wir wollen perspektivisch erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler nach der vierten Klasse nicht auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden, sondern länger – bis zum Ende der Pflichtschulzeit – gemeinsam lernen.

Wird Ihre Partei im Falle einer Regierungskoalition die Einführung der Einheitsschule als Bedingung eines Koalitionspartners erfüllen?

Wir wenden uns entschieden gegen die Einführung einer Einheitsschule. Wer diesen Begriff wählt, will eine notwendige gesellschaftliche Diskussion über die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems tabuisieren und diffamieren. Die von uns angestrebte Schule der Vielfalt setzt auf Binnendifferenzierung und auf die Individualisierung der Lernprozesse – dies hat mit Einheitsschule und Gleichmacherei nicht das Geringste zu tun. Sollte ein eventueller Koalitionspartner die Einführung einer gemeinsamen Schule für alle Kinder als Bedingung für eine Koalition an uns herantragen, werden wir diese natürlich gerne mitgestalten.

Wie soll ein evtl. beabsichtigter Umbau des Schulsystems finanziert werden?

Wir gehen bei der Umstellung auf ein integratives Schulsystem nicht von höheren Kosten aus. Vielmehr ist mittel- und längerfristig mit Effizienzgewinnen zu rechnen, weil beispielsweise der Einsatz von Lehrkräften erheblich erleichtert wird. Dies darf aber nicht zu Einsparungen im Bildungsetat führen, sondern muss in die Verbesserung der Qualität, in zusätzliches Personal an den Schulen, in systematische Fortbildung etc. investiert werden.

Wird Ihre Partei Verbundschulen einführen?

Die Möglichkeit, Verbundschulen zu gründen, wurde bereits im Schulgesetz verankert. Ob eine Verbundschule gegründet wird oder nicht, ist Entscheidung der Kommune als Schulträger. Die erste Verbundschule wurde bereits mit Zustimmung aller Parteien im Stadtrat von Oerlinghausen auf den Weg gebracht. Politisch unterstützen wir alle konkreten und in den nächsten Jahren umsetzbaren Schritte, die zu

mehr Zusammenführung von Schulen – beispielsweise der Bildung von Verbundschulen – führen. Besonders im ländlichen Raum drohen Schließungen von Schulen, die durch Verbundsysteme verhindert werden können.

3. Schulgesetz und Schulaufsicht:

Wird Ihre Partei einzelne Regelungen des gerade verabschiedeten Schulgesetzes zurücknehmen und gegebenenfalls welche? Welche bislang nicht erfüllten Forderungen der Landeselternschaft der Gymnasien in ihrer Stellungnahme zum neuen Schulgesetz wird Ihre Partei sich zu eigen machen?

Wir werden das Schulgesetz mit Blick auf unsere politischen Ziele - wie unter Punkt 1 und 2 dargelegt - weiterentwickeln.

Wird Ihre Partei den eingeschlagenen Weg hin zu einer dezentralen, schulformübergreifenden Schulaufsicht fortsetzen?

Ja. Im Schulgesetz wurde eine Leitentscheidung gesetzlich verankert: Spätestens zum 1.1.2009 wird die Schulaufsicht eine neue Struktur haben, die gekennzeichnet ist durch die Reduzierung der Ebenen staatlicher Schulaufsicht. Die örtlichen staatlichen Schulämter werden schulaufsichtliche Aufgaben für alle Schulformen wahrnehmen, und zwar schulformübergreifend – aber selbstverständlich unter Wahrung fachlicher und schulfachlicher Erfordernisse. Damit haben wir die entscheidenden Weichenstellungen hin zu einer ortsnahen Beratungs- und Unterstützungsstruktur vorgenommen. Die Notwendigkeit einer Reform der Schulaufsicht ergibt sich zwingend aus der Entwicklung der Schulen zu mehr Selbstständigkeit und der Orientierung der Steuerung hin zur Ergebniskontrolle.

Wird Ihre Partei zusätzliche Institutionen zur Steuerung des Schulwesens einrichten und welche Aufgaben sollen von wem übernommen werden?

Im Zusammenhang mit der Reform der Schulaufsicht werden wir eine landesweite Qualitätsagentur einrichten, zu deren Aufgaben die Erarbeitung von Bildungszielen, Bildungsstandards und Kerncurricula sowie das Berichtswesen im Bildungsbereich gehören. Ein weiteres neues und wichtiges Element in der Frage der Steuerung von Schulen wird die Schulinspektion sein. Wir wollen unabhängige und nicht der Schulaufsicht zugehörige Teams einrichten, die alle Schulen in gewissen zeitlichen Abständen besuchen, um die Leistungen und das Lernklima der Schule zu erfassen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Die Inspektoren werden den Schulen Rückmeldung über die von ihnen geleistete Arbeit und das Erreichen von Bildungszielen und -standards geben, die zu konkreten Verbesserungen vor Ort führen sollen.

Wie wird Ihre Partei evtl. geplante Veränderungen der Schulaufsicht finanzieren?

Wir gehen nicht von Mehrkosten aus, da sich zum einen aufgrund der Ergebnisorientierung in der Steuerung des Schulwesens die Aufgaben der Schulaufsicht wandeln und viele früher Aufgaben nicht mehr anfallen; zum anderen erwarten wir Synergieeffekte durch die Weiterentwicklung der örtlichen Schulämter im Rahmen einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft.

4. Lehrerversorgung an Gymnasien:

Wie will Ihre Partei dem Unterrichtsausfall entgegenreten? / Wird Ihre Partei die Schüler-Lehrer-Relation am Gymnasium verändern und eine Stellenreserve einführen?

Unterrichtsausfall ist weiterhin ein ernstzunehmendes Problem an nordrhein-westfälischen Schulen. Wir wollen angesichts sinkender Schülerzahlen keine Lehrerstellen abbauen, sondern diese erhalten, um in die Weiterentwicklung der Qualität unseres Bildungswesens zu

investieren. Wir halten am Programm „Geld statt Stellen“ fest wollen dieses Programm bedarfsgerecht ausstatten, den Einsatz optimieren und professionalisieren, um einen flexiblen Mitteleinsatz vor Ort ohne Zeitverzug vom ersten Schultag an sicherzustellen.

Wird Ihre Partei kleinere Klassen am Gymnasium ermöglichen?

Wir brauchen für alle Schulformen größere Gestaltungsspielräume und Möglichkeiten der Flexibilisierung bei Lerngruppen- und Unterrichtsgestaltung. Auch für diesen Zweck ist es notwendig, die derzeitige Anzahl von Lehrerstellen zu erhalten.

Politiker sind für die Bildungsmisere verantwortlich

Auswahl der Ergebnisse des zweiten Bildungsbarometers

Das Bildungsbarometer© des Zentrums für empirische pädagogische Forschung der Universität Koblenz-Landau will die aktuelle Situation und Trends im Bildungsbereich erfassen. Es veröffentlichte in seinem Newsletter im März 2005 Ergebnisse seiner zweiten Befragung. Ausführliche Berichte über die Befragung können ab Ende März über die Homepage des Bildungsbarometers (www.bildungsbarometer.de) bezogen werden.

Einige Ergebnisse:

Der Bildungsindex - eine aus mehreren Antworten berechnete Benotung des Bildungswesens - zeigt, dass Bildung in Deutschland nur als „gut ausreichend“ eingestuft wird.

Schuld an der deutschen Bildungsmisere sind nach Meinung der Bevölkerung in erster Linie die Bildungspolitiker. Erst dann folgen mit weitem Abstand die Eltern sowie erst an dritter Stelle die Lehrenden. Wie die Graphik zeigt, wird den anderen am Bildungsgeschehen beteiligten Personengruppen eine relativ geringe Verantwortung zugewiesen.

Populäre Forderungen von Politikern unterschiedlicher Couleur sind derzeit „Lernen statt Spielen im Kindergarten“, „Einschulung mit 5 Jahren“ sowie „die Abschaffung der Hauptschule“. Diese Forderungen werden von zwei Drittel der Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Quelle: Newsletter des Bildungsbarometers 1/2005

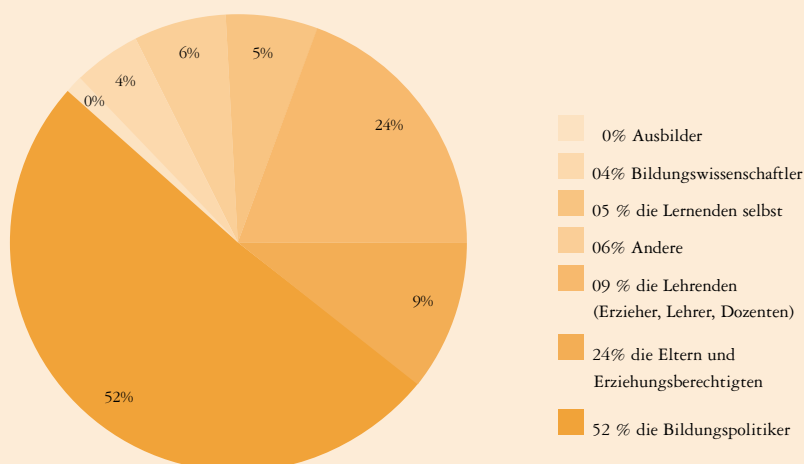
5. Individuelle Förderung der Schüler:

Wie wird Ihre Partei individuellen Fähigkeiten und vorhandene Defizite von Schülern am Gymnasium fördern bzw. beseitigen / Welche zusätzlichen Personalressourcen wird Ihre Partei für diese Förderung bereitstellen?

Individuelle Förderung ist Aufgabe jeden Unterrichts und nichts, was sich außerhalb des Unterrichts in „Extrastunden“ vollzieht. In diesem Zusammenhang ist die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer von entscheidender Bedeutung, bei der in Fachdidaktik und Pädagogik weiterhin gestärkt werden müssen. Auch muss die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer verstärkt auf die Unterrichtsgestaltung bezogen werden. Die Individualisierung des Lernens ist das A und O aller anstehenden Reformen. Alle am Schulleben beteiligten müssen lernen, die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Strukturen: Kein Kind zurücklassen, kein Kind behindern.

Graphik:

Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptverantwortung für die deutsche Bildungsmisere?



6. Schulzeitverkürzung an Gymnasien

Wie hoch wird die Anzahl der Wochenstunden am Gymnasium – aufgeteilt nach Sekundarstufe I und II – bei einem Abitur nach acht Jahren sein?

Abitur nach 12 Jahren heißt nicht weniger Unterricht, sondern weitestgehend dieselbe Anzahl an Unterrichtsstunden in kürzerer Zeit. Hierzu legt die Kultusministerkonferenz den

Rahmen fest: Eine Schülerin/ ein Schüler muss für das Abitur mindestens 265 Wochenstunden gehabt haben. In NRW wird die Schulzeitverkürzung anders gestaltet als in anderen Bundesländern: Die Erhöhung des Stundenvolumens erfolgt - um die Durchlässigkeit zu gewährleisten - in allen Schulformen. Zudem wird es ein Förderjahr für schwächere Schülerinnen und Schüler geben. Diese kommen dann auf mehr als 290 Wochenstunden bis zum Abitur.

7. Ganztagschule: Wird Ihre Partei für die Einrichtung von echten Ganztagsgymnasien finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt oder aus dem Förderprogramm des Bundesbildungsministerium bereitstellen?

Die offene Ganztagschule hat sich als Modell sehr gut bewährt. Gerade die Freiheit der Schule in Kooperation mit den Trägern der Jugendhilfe ein auf die Einzelschule zugeschnittenes Konzept zu entwickeln, zeigt große Erfolge und belegt, dass gute Schulen vor Ort gestaltet werden. Ein Sprichwort sagt: „Man braucht ein Dorf, um ein Kind zu erziehen.“ Es ist aber notwendig, die Pauschale für das einzelne Kind im Ganztagsangebot zu erhöhen und zusätzliche Mittel für die Integration von Kindern mit besonderem Förder- und Betreuungsbedarf bereitzustellen. Durch ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrerinnen und Lehrer, das sich nicht mehr ausschließlich an Unterrichtsstunden orientiert, das Präsenzzeiten vorsieht, soll die Kooperation mit der Jugendhilfe und den außerschulischen Partnern und eine bessere Verzahnung des Unterrichts und der außerunterrichtlichen Angebote im Sinne einer Rhythmisierung des Schulalltags gefördert werden. Gleichzeitig soll in Kooperation mit der Jugendhilfe ein Ausbauprogramm für Ganztagsplätze in der Sekundarstufe I entwickelt und umgesetzt werden.

8. Selbstständige Schule: Welche Freiräume wird Ihre Partei den Gymnasien eröffnen, - bei der Lehrereinstellung,

Die Ausschreibung von Lehrerstellen sowie deren Auswahl im Rahmen erfolgt grundsätzlich durch die Schule. Wir wollen den Einzelschulen ein Personal- und Sachmittelbudget zur eigenen Bewirtschaftung einräumen, weil die Schulen vor Ort besser wissen, welches Personal sie für ihre Schülerinnen und Schüler brauchen. Im Rahmen dieses Budgets sollen auch Mittel für Vertretungsunterricht zur Verfügung gestellt werden.

- bei der Unterrichtsgestaltung?

Unser Ziel ist es, allen Schulen weitestgehende pädagogische Freiheiten einzuräumen, um die gesetzten Bildungsstandards und -ziele zu erreichen. Bündnis 90/Die Grünen haben mit dem Modellvorhaben selbstständige Schule den Reformprozess zur Selbststeuerung von Schulen maßgeblich eingeleitet und vorangetrieben.

9. Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung: Wie wird Ihre Partei Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung gestalten?

Wir werden den Weg über Bildungsstandards und deren Überprüfung über die Lernstandserhebungen sowie über zentrale Prüfungselemente am Ende der Sekundarstufe I und im Abitur weiter beschreiten. Die diesjährig erstmals erfolgten Lernstandserhebungen müssen konsequent weiterentwickelt werden. Die Reform der Schulaufsicht ist auch unter dem Aspekt dringend geboten, als dass Schulen, die über einen gewissen Zeitraum hinweg bei den Erhebungen schlecht abschneiden, von der Schulaufsicht besonders unterstützt werden müssen.

Wie transparent wird Ihre Partei Ergebnisse der Qualitätsüberprüfung machen?

Der Umgang mit den Ergebnissen ist aus unserer Sicht angemessen transparent. Die Schülerinnen und Schüler müssen sich mit den anderen in ihrer Klasse, in ihrer Schule und landesweit vergleichen können. Ein öffentliches Ranking lehnen wir ab, es muss zunächst darum gehen, den Schulen die notwendige Unterstützung zur Verbesserung ihrer Ergebnisse an die Hand zu geben. Es geht nicht um Schuldzuweisung, sondern um Unterstützung und Qualitätsentwicklung.

Welche Pläne hat Ihre Partei in Bezug auf das Landesinstitut in Soest?

Das Landesinstitut wird weiterhin Aufgaben im Rahmen der Lehrerfortbildung etc. haben. Die konkrete Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Arbeit des Landesinstituts muss im Rahmen der neu zu begründenden Qualitätsagentur geklärt werden.

10. Schulen in freier Trägerschaft: Wie wird Ihre Partei die finanzielle Unterstützung von Schulen in freier Trägerschaft gestalten?

Die Grünen wollen die freien Schulen als wichtigen Bestandteil unseres Bildungssystems weiterhin fördern; daher lehnen wir eine Erhöhung der Eigenleistung der Träger über die für 2005 beschlossene Quote ab. ■